
Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN / THOMAS PETERSEN

Am 3. Mai 1999 legten der damalige Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble, und Karl Lamers, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in einer Pressekonferenz in Bonn eine Aufzeichnung „Überlegungen zur europäischen Politik II – Zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses“ vor.¹ Sie knüpften dabei an eine gemeinsam vier Jahre zuvor verfasste Denkschrift an. In ihrer neuen Analyse – fortan zitiert als „Schäuble-Lamers-Denkschrift II“ – gingen sie davon aus, dass sich in Deutschland eine Schicht europäischer Identität entwickle. Aber stimmt das? Lässt sich das demoskopisch erkennen? Mit der Frage: „Wenn man das so im Weltmaßstab betrachtet – sind Sie stolz, Europäer/Europäerin zu sein?“ versuchte das Institut für Demoskopie Allensbach im März 2000 herauszufinden, ob Europäer zu sein, irgendetwas an sich hat von Glanz und Stolz, ob irgendetwas von der wunderbaren Entstehung der Demokratie aus den griechischen und römischen Wurzeln den Deutschen eine Europa-Identität, ein Europa-Selbstbewusstsein gegeben hätte.

Geringe europäische Identität, kaum Emotionen, wenig Interesse

Wenn man in den Vereinigten Staaten fragt: „Sind Sie stolz, Amerikaner zu sein?“ antworten drei Viertel: „Darauf bin ich sehr stolz!“ ohne Unterschied nach Hautfarbe, nach Bildung, sozialer Schicht, Alter oder Geschlecht.² Im Vergleich dazu ist der Nationalstolz der Deutschen wesentlich weniger ausgeprägt. Auf die Frage „Sind Sie stolz, Deutscher zu sein?“ antworteten 1997 26% mit „Unbedingt“.³ Und obwohl die Deutschen damit international den niedrigsten Grad an Nationalstolz aufweisen, fallen die Bekenntnisse für Europa noch lauwärmer aus: „Unbedingt stolz“, Europäer zu sein, sind 18% der Deutschen. Es ist, als ob den Deutschen die Fähigkeit zum Stolz mit staatlichem, politischem, historischem Bezug abhanden gekommen sei. Da Stolz aber, wie schon oft mit demoskopischen Analysen nachgewiesen wurde,⁴ zu einem intakten Selbstbewusstsein gehört, so ist diese Abwesenheit von Stolz, ein Europäer zu sein, ein bedenklicher Befund.

Wann immer in einer Umfrage von der Europäischen Union, der europäischen Einigung die Rede ist, reagieren die Befragten nahezu gleichgültig. Je nach dem Gegenstand der Frage äußert die Mehrheit mal leichtes Unbehagen und mal verhaltene Zustimmung, doch alles wirkt gedämpft, unscharf, flüchtig. Es ist keinerlei Teilnahme, keine Emotion erkennbar. Beim Thema Europa scheinen die Gefühle abhanden gekommen zu sein.

So gering die Europa-Emotion der Deutschen ist, so gering sind auch seit Jahrzehnten ihre Kenntnisse und ihr Interesse an Fragen, die den Fortgang der Europäischen Integration betreffen. Als es Helmut Kohl in der ersten Jahreshälfte 1988 gelang, die bis dahin lähmende „Eurosclerose“ abzuschütteln und den Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu ebnen, wurde dies von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nicht wahrgenommen. Im Juli 1988, unmittelbar nach dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft, fragte das Allensbacher Institut: „Die Bundesrepublik hatte jetzt sechs Monate lang den Vorsitz, die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Wußten Sie das, oder hören Sie das zum ersten Mal?“ 62% der Westdeutschen sagten, das hätten sie gewußt.⁵ Sechs Jahre später, im Januar 1994, wussten wiederum nur rund drei Fünftel (58%), dass Deutschland in dem vorangegangenen halben Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union innehatte,⁶ und dies, obwohl die Staaten inzwischen durch den Vertrag von Maastricht wesentlich enger zusammengerückt waren. Im Juni 1999, am Ende der jüngsten deutschen Ratspräsidentschaft, in die immerhin die Einführung des Euro und die spektakuläre Ernennung Romano Prodis zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission fielen, sagten wieder nur drei Fünftel (62%), sie hätten davon gehört, dass Deutschland den Vorsitz in der Europäischen Union habe.⁷

Wie wurde die Ratspräsidentschaft von Bundeskanzler Schröder von der deutschen Bevölkerung bewertet? Gefragt wurde im Sommer 1999, als sie beendet war: „War diese Präsidentschaft ein Erfolg für Bundeskanzler Schröder, oder würden Sie das nicht sagen?“ Die Antworten sind etwas günstiger als bei den vorangegangenen Ratspräsidentschaften, aber doch wieder ähnlich verschwommen: Etwa ein Drittel der Bevölkerung hat die deutsche Ratspräsidentschaft 1999 als Erfolg gewertet, etwa ein Fünftel als Misserfolg, die übrigen blieben unentschieden. Wenn man bedenkt, mit welcher Entschlossenheit Schröder versucht hatte, die einseitige Lastenverteilung innerhalb der Gemeinschaft etwas zu mildern, ist auch hier die geringe Resonanz in der Bevölkerung bemerkenswert. Trotz der gewaltigen Fortschritte der Europäischen Integration hat bei der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt nicht das Gefühl zugenommen, in Brüssel und Straßburg würden wichtige Dinge geschehen, die der Aufmerksamkeit wert seien. Der großen Mehrzahl, rund zwei Dritteln würde nichts fehlen, wenn sie weder im Fernsehen noch im Radio oder in der Zeitung irgendetwas über 'Brüssel, Straßburg oder Luxemburg' hören würden.

Kommissionsmitglieder kaum bekannt

Das nach wie vor außerordentlich geringe Interesse der Bevölkerung zeigt sich auch an ihrer Bewertung europäischer Spitzenpolitiker. Die öffentliche Aufmerksamkeit für Politik wird wesentlich durch die Personalisierung bestimmt. Politik – das sind Gesichter. Doch beim Gedanken an Europa gibt es kaum ein Gesicht. Im März 2000 legte das Institut für Demoskopie Allensbach einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt die Namen von 23 Europa-Politikern vor mit der Bitte, bei jedem anzugeben, ob sie mit seiner Politik einverstanden oder nicht einverstanden seien. 18 der Politiker waren bei über 80% der Bevölkerung unbekannt.

An der Spitze der Europa-Politiker, deren Namen die Bevölkerung schon einmal gehört hatte, stand Günter Verheugen mit einem Bekanntheitsgrad von 67%. Doch Verheugen hat seine Bekanntheit nicht durch sein europäisches Amt erlangt, sondern in der deutschen Innenpolitik. Mit großem Abstand zu Verheugen folgte an zweiter Stelle Romano Prodi. Seinen Namen hatten 41% der Befragten schon einmal gehört. Und von diesen wick die Mehrheit bei der Frage, ob sie mit Prodis Politik einverstanden seien, auf die Antwortmöglichkeit „Unentschieden“ aus. Weniger als 20% der Deutschen haben sich vom Präsidenten der Europäischen Kommission eine Meinung gebildet.

Der ungeliebte Euro

Es ist nicht so, dass die Bevölkerung bei Fragen der Europäischen Integration grundsätzlich ohne Meinung wäre. So steht die Mehrheit einer ganzen Reihe von Entwicklungen in der Europäischen Union mit deutlicher Skepsis gegenüber, allen voran der Einführung des Euro.



Die Sache mit dem Euro, der einheitlichen Währung ist ganz so gelaufen, wie die Deutschen es erwarteten. Immer fürchteten sie, dass ihnen nun auch noch das Liebste, was sie hatten, die D-Mark weggenommen würde und stattdessen eine schwache europäische Währung, schwankend in ihrem Wert, aufgezwungen werde. Und so wurde die Euro-Einführung bewertet. 58% waren im April 1994 gegen die einheitliche europäische Währung bei rund 22% Befürwortern. Lange Zeit blieb diese Ablehnung unverändert stark. Nur im Januar 1999, als der Euro Wirklichkeit wurde, gab es eine kurze Euphorie. Inzwischen ist die Ablehnung wieder auf den Stand von vor 1998 gestiegen. Ob jemand dem Euro zustimmt oder nicht ist dabei keine Frage des Alters. Die am 27. Juni von Staatspräsidenten Chirac vor dem Deutschen Bundestag geäußerte Annahme, besonders die junge Generation bekennene sich immer mehr zu Europa,⁸ trifft bezogen auf den Euro allenfalls bedingt zu.

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Deutschland wird benachteiligt

Langsam wächst auch die Zahl derer, die bei einer weitergehenden Europäischen Integration um die deutsche Identität fürchten. Das zeigt sich an den Antworten auf die erstmals 1990 gestellte Frage „Wenn sich die europäischen Länder immer enger zusammenschließen und ein vereintes Europa entsteht, geht dann das, was Deutschland war, allmählich verloren, oder glauben Sie das nicht?“ Lange Jahre hindurch überwog bei den Deutschen die Haltung: Deutschland bleibt Deutschland, was immer auch in Brüssel veranstaltet wird. Doch in den letzten Jahren hat sich dieses Bild geändert. Im März 2000 meinten 50%, das Besondere, was Deutschland ausmacht, gehe verloren. Nur noch 38 blieben bei: „Glaube ich nicht“.³



Wenn man die Schäuble-Lamers-Denkschrift II durchsieht, zeigt sich keinerlei Bewusstsein von dieser Beunruhigung der Bevölkerung. Dort sprechen sie von einem „ruhigen und starken deutschen Selbstbewusstsein“. Davon kann nun wirklich nicht die Rede sein. Die demoskopischen Erhebungen zeigen seit Jahrzehnten, und seit der Wiedervereinigung sogar noch einmal verstärkt, dass den Deutschen ein – man kann sagen: normales – Selbstbewusstsein fehlt. Schäuble und Lamers glauben offenkundig, dass ihnen die Bevölkerung folge, wenn sie schreiben, erforderlich sei eine „grundsätzliche Besinnung auf das Verhältnis zwischen dem jeweils eigenen nationalen Selbstverständnis sowie dem eigenen nationalen Interesse und dem Gesamtprojekt Europa: eine Besinnung auf das ideelle und auf das materielle gemeinsame Fundament.“ Es ist zu bezweifeln, dass die Bevölkerung eine Vorstellung von einem ideellen und materiellen gemeinsamen Fundament hat.

Es ist auch zu bezweifeln, ob der deutschen Bevölkerung der Grundsatz, den Schäuble und Lamers so loben, vermittelt worden ist: Dass nämlich Deutschland seine grundsätzlichen Interessen vor seine kurzfristigen stellen müsse. Gegenwärtig nehmen die Deutschen das, was sie als planmäßige Benachteiligung durch die Europäische Union empfinden, resigniert hin: Die extreme finanzielle Bürde, 60% der Kosten sind ihnen aufgeladen; kaum mehr als 20% der Positionen im EU-

Personal sind mit Deutschen besetzt; die Vernachlässigung der deutschen Sprache in Brüssel zu Gunsten der französischen, ist ein tabuisiertes Thema. Es könnte gut sein, dass die Emotionslosigkeit und auch der Mangel an Interesse an der Europäischen Union in erster Linie Ausdruck einer nationalen Resignation sind.

Schäuble und Lamers gehen davon aus, dass den Deutschen der Vorteil, den sie von der Europäischen Union hätten, bewusst sei. Aber diese Annahme lässt sich demoskopisch nicht bestätigen. Im März 2000 wurde gefragt: „Wenn Sie einmal an die Zukunft denken: Wird Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Zukunft mehr Vorteile oder mehr Nachteile haben, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?“ – „Mehr Nachteile“ sagten 31%, „mehr Vorteile“ 19%, „gleichet sich aus“ 39%.

Das Ärgernis Rinderseuche BSE

Es hat nicht den Anschein, als baue sich hier ein Zorn auf, wenn auch in konkreten Fällen der Missmut unverkennbar ist. Dies wird deutlich am Beispiel der Rinderseuche BSE. Im März 2000 fragte das Allensbacher Institut: „In der Europäischen Union ist ja jetzt das Ausfuhrverbot für britisches Rindfleisch aufgehoben worden. Deutschland und Frankreich sind damit nicht einverstanden, britisches Rindfleisch wieder einzuführen. Aber die Europäische Kommission hat mit Maßnahmen gegen Deutschland und Frankreich gedroht. Finden Sie es richtig, dass die Kommission das macht, oder finden Sie das nicht richtig?“ Anders als bei fast allen anderen EU-Fragen, fielen die Antworten eindeutig und bestimmt aus: Mehr als drei Viertel, 76%, waren der Ansicht, das Verhalten der Kommission sei falsch. Doch die Empörung schlägt nicht in allgemeinen Ärger über die Europäische Kommission um. Auf die ebenfalls im März 2000 gestellte Frage „Finden Sie, Europa, also die Europäische Union mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer ein, oder muss sie das tun, damit Europa möglichst bald zusammenwächst?“ antworteten nur 30%, Europa mische sich zu viel ein, 45% meinten, die Union müsse sich wohl so viel in die Angelegenheiten der EU-Staaten einmischen.

Nur Wirtschaftsnachrichten

Ein weiterer Grund, dass die Bevölkerung mit dem Thema Europa so emotions- und lustlos umgeht, könnte sein, dass die Aufmerksamkeit von Politik und Medien in den letzten Jahren auf praktischen Fragen der wirtschaftlichen Integration gelegen hat: Konvergenzkriterien für den Euro, Steuerharmonisierung, Importzölle. Nach Analysen des in Leipzig und Bonn ansässigen Medien Tenor-Instituts beschränkt sich die Europa-Berichterstattung weitgehend, nämlich zu 60 bis 70%, auf Wirtschaftsmeldungen. Es ist bekannt, dass Wirtschaftsthemen nach wie vor im Interessenspektrum der Bevölkerung auf einem der letzten Plätze rangieren. Aber an dieser Dominanz der Wirtschaftsnachrichten in Verbindung mit der Europäischen Union läßt sich wenig ändern. Wie in der Schäuble-Lamers-Denkschrift II richtig vermerkt ist, beruht nun einmal der europäische Einigungsprozess auf der Wirtschaft.

Einheitliches Recht wird begrüßt

Grundsätzlich ist die Bevölkerung nach wie vor europafreundlich und auch weiteren Integrationsschritten gegenüber durchaus aufgeschlossen. Dies zeigen die Ergebnisse vom März 2000 zu der Frage: „Einmal angenommen, der Europäische Rat würde eine Entscheidung treffen, wie sie hier auf dieser Karte steht. Wäre das eine Entscheidung des Europäischen Rates, die Ihnen sympathisch wäre, oder wäre sie Ihnen unsympathisch?“. Dazu wurde den Befragten eine Karte vorgelegt, auf der der Inhalt der angenommenen Ratsentscheidung aufgeschrieben war, wobei vier verschiedenen Befragtengruppen jeweils verschiedene Texte vorgelegt wurden.

„Die Strafgesetze und die Rechtsprechung sollen in Europa einheitlich sein, es soll keine Unterschiede mehr geben“ – das fanden 80% der Deutschen sympathisch, nur 9% unsympathisch. Stand auf der vorgelegten Karte die Aussage „Die Mehrwertsteuer soll überall in Europa gleich hoch sein“, fanden dies 70% sympathisch, 15% unsympathisch. Das Ziel „Die Autobahngebühren sollen in Europa angeglichen werden“ fanden 57% sympathisch, 29% unsympathisch, und auch die Aussage „Die Höhe der Rentenversicherungsbeiträge soll in Europa einheitlich geregelt werden“ stieß bei einer relativen Mehrheit auf Zustimmung: 41% fanden diese Maßnahme sympathisch, 34% unsympathisch.

Wir Europäer

Vielleicht trägt die Rede von Außenminister Fischer an der Humboldt-Universität vom 12. Mai 2000 etwas dazu bei, das Thema Europa aus dem resignativen Meinungsklima herauszuholen. Die Besinnung auf die Frage, was eigentlich das Ziel der Europäischen Integration sein soll, ist dazu geeignet, lebendige Diskussionen auszulösen und die historische Größe dieses Prozesses bewusst zu machen. Auf die Frage „Glauben Sie, es wird Europa stärken, wenn sich die Europäische Union nach Osten erweitert und Länder wie Polen, die Tschechische Republik und Ungarn aufgenommen werden, oder wird das Europa schwächen?“ antwortet die Mehrheit, diese Beitritte werden Europa schwächen. Dennoch billigt die Bevölkerung die Osterweiterung, und zwar aus Gründen abseits aller Nützlichkeitsabwägungen. Fragt man, warum diese Länder der Europäischen Union beitreten sollten, gibt die Mehrheit die entwaffnende Antwort: „Weil sie Europäer sind“.

Anmerkungen

- 1 Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik II – zum Fortgang des europäischen Einigungsprozesses. CDU Bonn, 3. Mai 1999.
- 2 Internationale Wertestudie 1990.
- 3 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6047.
- 4 Ausführlich: Elisabeth Noelle-Neumann, Renate Köcher: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern. Stuttgart 1987.
- 5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 5008.
- 6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6010.
- 7 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6078.
- 8 Chirac, Jacques: Unser Europa. Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 2000. Dokumentation des Deutschen Bundestages.
- 9 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6089.